

1 **Antrag 41/II/2017**

2 **Jusos LDK**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Lehrkräftemangel war gestern – Für eine zukunftsorientierte Lehramtsausbildung!**

7 **Für eine Berliner Bildungsallianz – Studienplatzgarantie für Lehramt**

8

9 Die wachsende Stadt Berlin braucht eine neue Bildungsoffensive. Berlin ist eines der wenigen Bundesländer, das die Lehrkräfte nicht verbeamtet, sondern anstellt. Um Anreize für eine Tätigkeit in Berlin zu schaffen, liegen die Einstiegsgehälter auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Die Maßnahmen genügen nicht es herrscht weiterhin großer Lehrkräftemangel. Neben dem kontinuierlichen Anstieg schulpflichtiger Kinder bzw. Jugendlicher und den Pensionierungswellen, kann ein allgemeiner Mangel an Ausbildungsplätzen als Ursache herangezogen werden. Letzteres ist das Resultat zweier Punkte: 1. Seit Jahren ist ein nicht ausreichendes Angebot für das Grundschullehramt an den Berliner Hochschulen zu verzeichnen. Einerseits gibt es an den Berliner Hochschulen die Tendenz, vorrangig Lehramtsstudierende für die weiterführenden Schulen auszubilden. Dies führte zu einer beschränkten Kapazität für die Lehramtsausbildung im Grundschulbereich. Andererseits ist das ein strukturelles Problem der Landespolitik. Die Hochschulen Berlins sind verpflichtet, ihr Studienangebot für das Lehramt mit der zuständigen Senatsverwaltung für Bildung abzustimmen („Hochschulverträge“). Da dies oft im Sinne einer schnellen Überbrückung des allgemeinen Lehrkräftemangels geschah und eben hauptsächlich den Bedarf an Lehrer\*innen an weiterführenden Schulen decken sollte, wurden viele am Studium für das Lehramt an Grundschulen Interessierte nicht berücksichtigt. 2. Viele entschieden sich aber auch gegen das Grundschulstudium aus finanziellen Gründen. Es bestand bzw. besteht ein nicht unerheblicher Lohnunterschied zwischen dem Grundschullehramt und Lehramt an Gymnasien. ‘Bestand’ daher, weil zu dem Schuljahr 2017/18 das Gehalt neu eingestellter Lehrer\*innen an das der Gymnasiallehrkräfte angeglichen wurde. ‘Bestehen’ insofern, weil von dieser Regelung bereits angestellte Lehrkräfte sowie in diesem Bereich tätige Quereinsteiger\*innen sowie sog. „LuKs“, also langjährige Horterzieher\*innen mit DDR-Lehrerausbildung für untere Klassen, betroffen sind. Die unterschiedliche Bezahlung muss ein Ende haben. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Ein Auspielen der verschiedenen Lehramtstypen gegeneinander führt letztlich zu einem Zwei-Klassen-Bewusstsein. Egal, ob Quereinstieg oder “klassisches” Lehramtsstudium: Guter Unterricht hängt von vielen Faktoren ab, welche sich erst bei aktiver Ausübung des Berufes herausstellen. Daher sollte nicht die Frage sein, wie jemand ausgebildet wurde, sondern wie diese Person unterrichtet. Dass dabei der Lohn für alle gleich sein muss, gilt als Ausgangspunkt eines respektvollen Umgangs mit sowie Wertschätzung für die Berufsgruppe insgesamt.

- LPT II/2017: Überwiesen an FA V – Stadt des Wissens
- LPT I/2018: vom Antragsteller zurückgezogen

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58

### **Daher fordern wir**

- ein angemessenes, zukunftsorientiertes Angebot an Studienplätzen an den Berliner Hochschulen, das in einem engen Dialog mit dem Senat, den Hochschulen sowie der Gewerkschaft entwickelt und die zukünftige Entwicklung in diesem Berufsfeld entsprechend berücksichtigt. Dabei spielen die Herausforderungen der Berliner Bildungslandschaft eine ernstzunehmende Rolle, wodurch eine Bemessung der Quoten für die Bereitstellung von Lehramtsstudiengängen jährlich zu evaluieren ist und für das kommende Semester entsprechend aktualisiert werden muss. Langfristig wollen wir eine Abschaffung der Quoten und allen Menschen die möchten einen Zugang zum Lehramtsstudium ermöglichen.
- dass bei einem größeren Angebot an Studienplätzen die staatlichen Mittel für die jeweiligen Hochschulen proportional aufgestockt werden.“
- eine Studienplatzgarantie für den Übergang in den Master für alle Lehramtsstudiengänge.

### **Lehramtsausbildung reformieren!**

Wie bereits erwähnt, reagiert Berlin auf den Lehrkräftemangel mit der Einstellung von Quereinsteiger\*innen. Diesen Schritt auch weiterhin zu gehen, so wie es seitens der Senatorin für Bildung verkündet wurde, ist in der jetzigen Situation nötig, dennoch sehen wir diese Personalentwicklung kritisch. Nur müssen dafür weitere Aspekte berücksichtigt werden. Allgemein kann unter Quereinsteiger\*in eine Person mit abgeschlossenem Studium verstanden werden, die eine berufsbegleitende Ausbildung absolviert und dann eine Staatsprüfung bestehen muss. Zur Orientierung: von den in diesem Jahr rund 3000 neu eingestellten Lehrkräften sind 1247 aus anderen Berufen in die Schulen gewechselt. Erfreulich ist daran, dass alle freien Stellen im Land besetzt werden konnten. Von dieser Gruppe fanden viele den Weg in die Grundschulen. In diesem Jahr startete zudem der sog. Q-Master – ein spezieller Masterstudiengang für Quereinsteiger\*innen – in dem grundlegende didaktische sowie erziehungswissenschaftliche Inhalte vermittelt werden. Voraussetzungen für diesen zweijährigen Master, für den im Wintersemester lediglich 30 Studierende zugelassen wurden, ist allerdings ein Hochschulabschluss (kein Kombibachelor!) mit insgesamt 110 ECTS in zwei relevanten Fächern; davon mind. 20 ECTS im zweiten Fach. Darüber hinaus können nur folgende Unterrichtsfächer studiert werden: Für das Erstfach verpflichtend entweder Informatik, Mathematik, Physik, Englisch, Französisch, Italienisch oder Spanisch sowie ausschließlich Deutsch oder Geschichte im Zweitfach. Dieses Angebot richtet sich nach sogenannten “Mangelfächern”; also Fächer, für die es weniger Absolvent\*innen gibt, um den aktuellen Bedarf an den Schulen zu decken. Zwar ist der Schritt, einer flexibleren Lehramtsausbildung zu begrüßen, dennoch ist auf-

1 fallend, dass hier keine explizite pädagogische Differen-  
 2 zierung zwischen den verschiedenen Schultypen statt-  
 3 findet; vor allem muss an dieser Stelle eine Beachtung  
 4 grundschulpädagogischer Konzepte erfolgen. Darüber  
 5 hinaus muss der Quereinstieg eine gesonderte Betreu-  
 6 ung erfahren, da die regulären Studiengänge eine erste  
 7 praktische Phase von einem Semester vorsehen, im Rah-  
 8 men dessen ein Einleben in die Rolle der Lehrkraft oh-  
 9 ne Leistungs- bzw. Notendruck gewährleistet ist („Pra-  
 10 xissemester“ als Teil des Masterstudiums). Diese Erfah-  
 11 rung fehlt den Q-Masterstudierenden. Daher muss eine  
 12 entsprechende Betreuung im Kontext eines Mentoring-  
 13 Programmes konzipiert werden, das ggf. auftretende  
 14 Schwierigkeiten und Probleme während der Praxiser-  
 15 fahrung im Vorbereitungsdienst besprechen und lösen  
 16 kann. Auch hier bedarf es mehr Kapazitäten an den  
 17 Schulen. Vor allem sollten dabei alle Schultypen, vor al-  
 18 lem Grund- und Berufsschulen, gestärkt werden, sodass  
 19 auch Anreize in Form von Lohn, flexibler Arbeitszeit (Re-  
 20 duktion der Pflichtpräsenz) sowie Qualifizierungsange-  
 21 bote geschaffen werden. Außerdem darf es keine Lohn-  
 22 unterschiede zwischen Quereinsteiger\*innen und de-  
 23 ren Kolleg\*innen geben.

24

25 **Daher fordern wir:**

- 26 • die Bildungsoffensive im Land Berlin an vielen Stel-  
 27 len zu stärken. Darunter verstehen wir die Öff-  
 28 nung der Lehramtsausbildung. Der Q-Master muss  
 29 um einen Q-Grundschulmaster und mit deutlich  
 30 mehr Studienplätzen ergänzt werden. Darüber hin-  
 31 aus sollen auch Studierende mit Kombibachelor  
 32 die Möglichkeit haben, sich dafür erfolgreich ein-  
 33 zuschreiben. Des Weiteren sollen die Möglichkeit  
 34 zur Einschreibung auch dann gegeben sein, wenn  
 35 keine 20 ECTS in einem weiteren relevanten Fach  
 36 gegeben sind. Stattdessen soll eventuelle Berufser-  
 37 fahrung in einem weiteren relevanten Fach mit be-  
 38 rücksichtigt werden oder innerhalb des Q Masters  
 39 die Möglichkeit der Nachholung dieser Qualifikati-  
 40 on gegeben sein. Die strikte Fächerbindung lehnen  
 41 wir ab! Gerade Berufsschulen können von Querein-  
 42 steiger\*innen profitieren. Hier müssen Anreize ge-  
 43 schaffen werden, dass insgesamt mehr Lehrkräfte  
 44 eingesetzt werden.
- 45 • die didaktisch-pädagogische Qualität – gerade  
 46 für Quereinsteiger\*innen – an allen Schulen zu  
 47 sichern. Dies kann nur anhand einer angemess-  
 48 enen Mentoring- und Feedbackkultur, die in  
 49 Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gruppen  
 50 (Schüler\*innenvertretung, Lehrkräften, Schul-  
 51 leitung, Gewerkschaften, Senatsverwaltungen)  
 52 entwickelt wird. Dabei muss ein Mentoringpro-  
 53 gramm (Betreuung) sichergestellt werden.
- 54 • Darüber hinaus fordern wir, dass die Unterrichts-  
 55 pflichtstunden für Quereinsteiger\*innen reduziert  
 56 und den Unterrichtspflichtstunden von Referen-  
 57 dar\*innen gleichgestellt wird.
- 58 • die finanzielle Anpassung von allen Lehrenden, oh-

1 ne Ausnahme. Das bedeutet, dass die Anhebung  
 2 des Gehalts aller Lehrer\*innen auf E13 Berliner Rea-  
 3 lität werden muss. Darunter fallen auch die sog.  
 4 LuK-Lehrkräfte. Eine allgemeine Anerkennung des  
 5 Berufes darf nicht aufgrund der verschiedenen Bil-  
 6 dungsverläufe (in unterschiedlichen Systemen) er-  
 7 folgen. Die praktische Tätigkeit muss klar im Vor-  
 8 dergrund stehen. Nachsichtiges politisches Han-  
 9 deln heißt auch, Lohngerechtigkeit für alle Lehrkräf-  
 10 te durchzusetzen! Deshalb fordern wir auch, dass  
 11 das Gehalt von Lehrer\*innen zu 100% tariflich gesi-  
 12 chert wird – das gilt auch für die Zulage für ange-  
 13 stellte Lehrer\*innen, die Berlin bisher außertariflich  
 14 zahlt.

- 15 • eine schnelle Eingliederung von Lehrkräften aus an-  
 16 deren Bundesländern, die dort verbeamtet waren,  
 17 auf Grundlage des in Berlin geltenden Lohns zu ge-  
 18 währleisten. Das langfristige Ziel muss ein flecken-  
 19 deckend einheitliches Gehalt für alle Bundesländer  
 20 sowie die Abkehr vom Beamtenstatus sein, dessen  
 21 Kern dem Grundsatz eines solidarischen Verständ-  
 22 nisses des qualitativ hochwertigen Lehrberufs ent-  
 23 gegensteht.

24  
 25 **Den Vorbereitungsdienst endlich stärker an die Lebens-**  
 26 **welt der Referendar\*innen ausrichten!**

27 Die strukturellen Probleme Berlins in der Bildung sind  
 28 im Kern hausgemacht. Viel zu lange wurden die bil-  
 29 dungspolitischen Realitäten ausgeblendet, Sparmaß-  
 30 nahmen wohlwissend um deren fatale Folgen durch-  
 31 gesetzt und eine politische Neuausrichtung nicht mu-  
 32 tig genug verfolgt. Damit muss Schluss sein! Bildung  
 33 ist eines der zentralsten Elemente unserer Gesellschaft.  
 34 Nur durch Bildung können Menschen befähigt werden,  
 35 selbstbestimmt zu leben. Daher muss die Politik alles  
 36 daran setzen, die bestmöglichen Voraussetzungen zu  
 37 garantieren. Ein hier angesprochener Bereich umfasst  
 38 die Lehrenden und deren Ausbildung. Es ist höchste Zeit  
 39 die strukturellen Voraussetzungen zu reformieren. Ge-  
 40 rade in der Planung und Bereitstellung der Studienplät-  
 41 ze für Lehramtsstudierende muss entsprechend schnell  
 42 gehandelt werden. Die in diesem Jahr beschlossenen  
 43 Hochschulverträge für die kommenden fünf Jahre se-  
 44 hen eine Erhöhung der Studienplätze auf insgesamt  
 45 2000 vor. Das ist in Anbetracht der in den nächsten Jah-  
 46 ren dringend benötigten und nicht verfügbaren Lehr-  
 47 kräfte – Prognosen sagen, dass zwischen 40.000-50.000  
 48 Lehrer\*innen bundesweit fehlen werden, um eine an-  
 49 gemessene Beschulung zu gewährleisten – fatal. Viel-  
 50 mehr müssen Möglichkeiten eruiert werden, sodass auf  
 51 finanzielle Spielräume jährlich (flexibel!) zurückgegrif-  
 52 fen werden kann und die Hochschulen die Studienplät-  
 53 ze individuell von Jahrgang zu Jahrgang erhöhen kön-  
 54 nen. Fest steht: 2000 Plätze decken den Bedarf bei Wei-  
 55 tem nicht!

56  
 57 Bei all den Diskussionen über einen schnelleren Einsatz  
 58 von Lehrer\*innen in den Schulen darf die Qualität der

1 Ausbildung nicht herabgesetzt werden. Das bedeutet,  
2 einerseits die Dauer des Vorbereitungsdienstes auf dem  
3 aktuellen Stand von 18 Monaten zu belassen und keine  
4 Kürzung vorzunehmen, wie es bspw. andere Bundeslän-  
5 der vorhaben oder bereits umgesetzt haben. Darüber  
6 hinaus muss sich die Betreuung während des Vorberei-  
7 tungsdienstes verbessern. Viele Schulen haben Schwie-  
8 rigkeiten, die ohnehin dringend benötigten Fachlehr-  
9 kräfte für die Betreuung der Referendar\*innen abzu-  
10 stellen. Hier müssen Schulen, Hochschulen, Senatsver-  
11 waltungen und die Bundesebene zusammenarbeiten.  
12 Die Praxiserfahrung zählt zu den wichtigsten Momen-  
13 ten in der Lehramtsausbildung. Gerade hier dürfen Ein-  
14 stiege\*innen nicht allein gelassen werden. Das bedeu-  
15 tet auch, die Lebensentwürfe individuell zu berücksich-  
16 tigen. Die Möglichkeit eines Referendariats in Teilzeit  
17 stellt dabei einen wichtigen, wenn auch nicht konse-  
18 quent zu Ende gedachten Schritt dar. Obwohl es die  
19 Möglichkeit seitens des Landes Berlin gibt, den Vorbe-  
20 reitungsdienst in Teilzeit zu absolvieren, bestehen noch  
21 immer Hindernisse. So ist eine Teilzeitbeschäftigung  
22 derzeit für "Beamte auf Widerruf" nicht möglich, weil  
23 beamtenrechtliche Vorschriften dem entgegenstehen  
24 würden. Bewerber\*innen für den Vorbereitungsdienst,  
25 die diesen in Teilzeit absolvieren möchten, können je-  
26 doch in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsver-  
27 hältnis beschäftigt werden. Dies würde aber eine redu-  
28 zierte Unterhaltsbeihilfe von 75% des regulären Betrags  
29 und die Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen  
30 bedeuten. Oft sind Frauen von dieser Regelung betrof-  
31 fen, die eine Teilzeit-Option wählen, da sie sich neben  
32 der beruflichen Ausbildung noch um die Kinder und Fa-  
33 milie kümmern. Gerade hier sollte ein klares Signal ge-  
34 sendet werden, um Betroffenen eine maßgebliche Un-  
35 terstützung zu ermöglichen.

36

**37 Daher fordern wir**

- 38 • eine jährliche Bemessung der Studienplätze für  
39 Lehramtsstudierende unter Supervision der Senats-  
40 verwaltung Bildung, wobei die Gewichtung des An-  
41 gebots sich nach der aktuellen Entwicklung des Be-  
42 darfs richtet.
- 43 • die Anhebung der Beiträge des Vorbereitungsdienst  
44 in Teilzeit auf das Niveau der Vollzeit sowie vollstän-  
45 dige Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge  
46 durch das Land Berlin.
- 47 • die Betreuung im Rahmen des Referendariats flä-  
48 chendeckend zu gewährleisten. Dafür müssen na-  
49 türlich Lehrkräfte abgestellt werden. Diese sol-  
50 len neben Entlastungsstunden auch eine finanzia-  
51 elle Entschädigung erhalten. Sinnvoll wären auch  
52 Modelle, die Teilzeit-Lehrkräfte mit einschließen.  
53 Es soll daher eine Expert\*innengruppe mit Vertre-  
54 ter\*innen aller Bereiche eingesetzt werden, die die  
55 Be- und Entlastung aller Ausbildungsschulen unter-  
56 sucht und ein Modell der Kooperation zur Betreu-  
57 ung von Referendar\*innen entwickelt.

58

1 dass die Dauer des Vorbereitungsdienstes die Ausbil-  
2 dungsqualität nicht beeinträchtigt. Eine Kürzung im  
3 Sinne einer schnelleren Verfügbarmachung der Lehr-  
4 kräfte lehnen wir ab. Zudem fordern wir eine lückenlose  
5 Umsetzung des modularen Aufbaus des Referendariats:  
6 die zur Endnote benötigten Leistungen können im Rah-  
7 men unterschiedlicher Prüfungsformen (bspw. Referat,  
8 Hausarbeit, mündl. Gespräch) erfolgen und orientieren  
9 sich dabei an den lebensweltlichen Kontexten sowie in-  
10 dividuellen Bedürfnissen der Referendar\*innen.